
Gesellschaft nach der Vollbeschäftigung

**Herausgegeben von Frank Geißler
und Georg Vobruba**



Leipziger Universitätsverlag 1996

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Comparativ: Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung / hrsg. im Auftrag der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e. V. von Matthias Middell . – Leipzig: Leipziger Univ.-Verl.

Früher Schriftenreihe

Jg. 6, H. 4. Gesellschaft nach der Vollbeschäftigung. – 1996

Gesellschaft nach der Vollbeschäftigung/Hg. Frank Geißler und Georg Vobruba. – Leipzig: Leipziger Univ.-Verl., 1996

(Comparativ; Jg. 6, H. 4)

ISBN 3-931922-42-1

NE: Geißler, Frank [Hrsg.]

© Leipziger Universitätsverlag GmbH 1996

COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und
vergleichenden Gesellschaftsforschung
Heft 4 (1996)

ISBN 3-931922-42-1

Inhalt	Seite
--------	-------

Editorial	VIII
------------------	------

Aufsätze	
-----------------	--

<i>Stephan Lessenich</i>	Erst die Arbeit – und dann? Widersprüche der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit in auto- ritären und totalitären Regimen	1
--------------------------	---	---

<i>Georg Vobruba</i>	<i>Income Mixes</i> . Eine Spekulation über die langfristige Entwicklung materieller Existenzsicherheit	25
----------------------	---	----

<i>Hajo Riese</i>	Von der Geschichtsteleologie zur Teleologie der Wohlfahrtspolitik. Kritik einer gesellschaftspolitischen Konzeption	38
-------------------	--	----

<i>Roswitha Pioch</i>	Garantiertes Grundeinkommen: Sozialpolitik nach der Vollbeschäftigung	50
-----------------------	---	----

<i>Sabine Lang</i>	Geschlechterordnungen auf dem Arbeitsmarkt. Erwerbstätigkeit als Regulierungsform des Geschlechter- verhältnisses	73
--------------------	--	----

<i>Robert Kappel</i>	Informalität als Normalität – Anmerkungen zu einem vernachlässigten Thema	97
----------------------	---	----

<i>Kerstin Tews</i>	Umweltpolitik im Transformations- prozeß. Interessenkonflikte und politische Chancenstruktur bei der Gestaltung und Umsetzung der polnischen Umweltpolitik	120
---------------------	--	-----

Forum

- Markus Huttner „Demokratien und totalitäre Systeme“ – das Zeitalter der Weltkriege aus christentumsgeschichtlicher Perspektive 146

Buchbesprechungen

- Diether Döring/Frank Nullmeier, Roswitha Pioch und Georg Vobruba (Hrsg.), *Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat*, Marburg 1995 (*Peter Bleses*) 202
- Bruno Kaltenborn, *Modelle der Grundsicherung. Ein systematischer Vergleich*, Baden-Baden 1995 (*Britta Matthes*) 205
- Jeremy Rifkin, *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt a.M. 1995 (*Simone Klotzbach*) 207
- Winfried Schmähl/Herbert Rische (Hrsg.), *Internationalisierung von Wirtschaft und Politik – Handlungsspielräume nationaler Sozialpolitik*, Baden-Baden 1995 (*Georg Vobruba*) 210
- Werner Meißner, *China zwischen nationalem „Sonderweg“ und universaler Modernisierung. Zur Rezeption westlichen Denkens in China*, München 1994 (*Roland Felber*) 212
- Vincent Duclert, *Die Dreyfus-Affäre. Militärwahn, Republikfeindschaft, Judenhaß*, Berlin 1994 (*Eckhardt Fuchs/Günther Fuchs*) 215
- Eckhardt Fuchs/Günther Fuchs, „J'accuse!“. *Zur Affäre Dreyfus*, Mainz 1994 (*Hans-Martin Moderow*) 217
- Kim Voss, *The Making of American Exceptionalism. The Knights of Labor and Class Formation in the Nineteenth Century*. Ithaca 1993 (*Jörg Rössel*) 218
- Etienne François/Hannes Siegrist/Jakob Vogel (Hrsg.), *Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1995 (*Hans-Jürgen Lüsebrink*) 220

Wulf Wülfing/Karin Bruns/Rolf Parr, Historische Mythologie der Deutschen. 1798-1918, München 1991 (<i>Hans-Jürgen Lüsebrink</i>)	220
Michael Dreyer/Oliver Lembcke, Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19, Berlin 1993 (<i>Werner Bramke</i>)	225
Leonore Siegele-Wenschkewitz/Carsten Nicolaisen (Hrsg.), Theologische Fakultäten im Nationalsozialismus, Göttingen 1993 (<i>Joachim Bleyl</i>)	226
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	233

Editorial

Eine dänische Fachzeitschrift für Gefängniswärter berichtete unlängst, daß ein in Kopenhagen gefaßter Dieb mit seiner Verurteilung nicht einverstanden war. Der osteuropäische Asylbewerber forderte vor Gericht eine höhere Strafe. Statt der 40 Tage, zu denen ihn das Gericht verurteilte, wollte er mindestens 60 Tage hinter Gitter bleiben. Zur Begründung gab er an, daß ihn in seiner Zelle eine Menge Arbeit erwarte, schließlich wolle er die Haftstrafe bei freier Kost und Logis nutzen, um wöchentlich bis zu umgerechnet 250 Mark zu verdienen.¹ Neuere Zahlen aus dem Arbeitsmarktbericht 1996/97 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) scheinen dem mit bislang ungewöhnlichen Mitteln Arbeitssuchenden Recht zu geben: Nahezu eine Milliarde Menschen, also ein Drittel der gesamten erwerbsfähigen Weltbevölkerung, sind ohne Erwerbsarbeit. Selbst in den reichsten Industriestaaten der Welt, den OECD-Ländern, sind dabei nicht weniger als 34 Millionen Menschen ohne Job.

Nur in der Erwerbsarbeit verwirkliche sich der Mensch, so lautet eine weithin geteilte Vorstellung, für die Vollbeschäftigung bzw. die Verwirklichung eines Rechts auf Arbeit nach wie vor der letzte Sinn von Politik bleibt, die es gegen die „Gier des Murktes“² und „Das Ende der Arbeit“³ zu verteidigen gelte. Dabei scheinen sich diese und andere Entwürfe an der Vorstellung aufzurichten, daß es außerhalb der Arbeitsgesellschaft keine Gesellschaft gebe.

Insbesondere das soziale Ordnungsmodell westlicher Industriegesellschaften, und nicht nur die Idee einer sozialen Marktwirtschaft in Gestalt der Bundesrepublik, inkorporierte diese Vorstellung eines auf Vollbeschäftigung beruhenden Modells und machte sie zur tragenden Säule des Moralhaushalts des Systems: Wer arm ist, kann oder will nicht arbeiten. Wer hingegen arbeiten will und kann, findet Arbeit und kann an den Früchten ökonomischer Entwicklung teilhaben. Dementsprechend wird die Teilhabe an den verschieden ausgeprägten sozialen Sicherungssystemen mehr oder weniger eng an den Arbeitsmarkt gebunden: Wer am System sozialer Sicherung teilhaben will, kann und muß deren Höhe von seinem vormaligen Erwerbseinkommen ableiten. Wer also vorsorgen will, Erwerbsarbeit jedoch nicht in Aussicht hat, muß, so scheint es in der Logik des oben geschilderten Falls zu liegen, seine Ansprüche eben im Gefängnis erwerben. Was hier als fixe Idee erscheint, stiftete jedoch im „rheinischen“ Kapitalismus⁴ einen erstaunlich stabilen Korpsgeist: Arbeitgebende und Arbeitnehmende verhandelten - in relativer Eintracht - die Regelung der Arbeitsbedingungen, wobei sie das alte Konfliktmodell von Arbeit und Kapital korporatistisch verwässerten.

Konfliktmodell? Das Ende dieses Modells schien gekommen, zumindest wenn man der deutschen Sozialwissenschaft Glauben schenkte, die das Ende

der traditionellen Konfliktparteien und -linien in jenen Jahren durch wohlstandssteigernde Fahrstuhleffekte gekommen sah, in deren Folge sich die atomisierten Individuen statt in den alten sozialen Großgruppen nunmehr in Erlebnismilieus zu tummeln begannen. Wie schallend wurde über diese Thesen gelacht, als in der Standort-Deutschland-Debatte das alles dann doch nicht half, die Raffgier der Reichen und die Ohnmacht der Armen in einem *Bündnis für Arbeit* zu kaschieren.

Vergleicht man die deutsche Entwicklung mit Taiwan oder Singapur (mehr Fleiß), mit Somalia (mehr Bescheidenheit) oder gar Liechtenstein (mehr steuerliche Selbstverwirklichung für Besserverdienende), dann scheinen für deutsche Arbeitsbedingungen tatsächlich harte und von einem Arbeitsbündnis nur schwerlich abzufedernde Zeiten angebrochen zu sein.

Wenn die Möglichkeit der Vollbeschäftigung dabei aufgrund technologischer Innovationen, flexibler Spezialisierung und nationale Handlungsspielräume einengender Globalisierung in eine noch weitere Ferne verschwindet, als dies ohnehin der Fall gewesen wäre, mithin Armut als Problem nicht mehr durch Erwerbsarbeit gelöst werden kann, gerät die Erwerbsarbeitsgesellschaft ins Wanken. Damit lösen sich die lange Zeit für unabdingbar gehaltenen Säulen des Kapitalismus - Wachstum und Vollbeschäftigung - auf, ohne neue Gewißheiten an ihre Stelle treten zu lassen. Wurden früher in einem Wirtschaftssektor Arbeitskräfte durch technologisch-industrielle Innovationen freigesetzt, fanden sich stets andere Sektoren, in denen die Betroffenen neue Arbeitsplätze fanden. Inzwischen verschwinden Millionen von Arbeitsplätzen jedoch in allen Wirtschaftsbereichen. Ausgenommen davon sind lediglich die kosmopolitischen „Symbolanalytiker“ (Robert Reich), die die Entwicklung neuer Technologien und Produktionskonzepte betreiben - eine verschwindend kleine Elite in einer Wirtschaft, in der die Ungleichgewichte schnell anwachsen. Inzwischen wird in ernstzunehmenden Prognosen auch nicht mehr von einer Zwei-Drittel-Gesellschaft gesprochen, vielmehr erscheint eine „Zwanzig-zu-achtzig-Gesellschaft“ in der Perspektive des Möglichen.

Offensichtlich erweist sich die historische Möglichkeit der Vollbeschäftigung als in der Geschichte des Kapitalismus empirisch nachweisbarer kurzer Moment einer ansonsten (vorher und nachher) ganz anders aussehenden gesellschaftlichen Realität.

Schon heute können sich Arbeitssuchende nicht mehr auf Haftanstalten als Inseln ‚sicherer‘ Vollbeschäftigung in einer ‚Zivilisation der Arbeitslosigkeit‘ verlassen. So beklagte der Leiter einer bayerischen Haftanstalt, daß bereits 50 Prozent der Häftlinge ohne Beschäftigung seien. Diese Situation, so fährt er fort, sei Anlaß zur Beunruhigung, denn schließlich sei gewiß: „Ohne Arbeit treiben die nur Unsinn.“⁵

Dieser ‚Unsinn‘ hat jedoch auch bei den außerhalb der Gefängnismauern freigesetzten Arbeitssuchenden Konsequenzen: Fragen der Machtverteilung und demokratischen Stabilität stellen sich anders als in den Vollbeschäftigungsgesellschaften. Wer sich bislang von der Marktwirtschaft ausgeschlossen fühl-

te, sah im Staat eine um Ausgleich bemühte Kraft, die den Anstieg von Disparitäten mit auf wirtschaftliche Ausgewogenheit hin angelegten Programmen zu begegnen versuchte. Dem Staat fiel damit die Aufgabe zu, in den Markt zugunsten jener einzugreifen, die mit der Marktwirtschaft nicht mithielten.

Auch *nach der Vollbeschäftigung* erweist sich ein wohlfahrtsstaatlich initiiertem Ausgleich als unabdingbar, um die durch den Markt hervorgebrachten ökonomischen Ungleichheiten gesellschaftlich tragfähig zu gestalten und sozial integrative Bindungen zu erzeugen. Wo dies nicht geschieht, läßt sich über die Zukunft der Verbindung von Kapitalismus und Demokratie keine Gewißheit verbreiten. Allerdings wirkt der Integrator Staat als Beschaffer von Arbeit gegenüber der Struktur gewordenen Arbeitslosigkeit überfordert, zumal der voranschreitende volkswirtschaftliche Souveränitätsverlust des Staates dafür wenig Möglichkeiten bietet.⁶ Andere Techniken einer politischen Integration erweisen sich als notwendig, um die vom Verlust ihrer Sozialität bedrohten Gruppen der zerfallenden Arbeitsgesellschaften davon abzuhalten, 'Unsinn' zu treiben; hierin liegt eine durch den Markt nicht substituierbare Aufgabe.

Der Heftschwerpunkt *Gesellschaft nach der Vollbeschäftigung* fragt nach den Konsequenzen der sich wandelnden Bedeutung von Arbeit als strukturierendem Prinzip für die Organisation der Gesellschaft. Die Beiträge in diesem Heft stellen sich aus verschiedenen Blickwinkeln dieser Frage. So greift *Stephan Lessenichs* Beitrag - am Beispiel der Rolle von Arbeit in autoritären und totalitären Regimen - ein für die Analyse moderner Gesellschaften zentrales Thema auf, indem er die unterschiedlichen institutionellen Gestalten von Arbeit funktional vergleichend betrachtet.

Abhängige Erwerbsarbeit als zentrale gesellschaftliche Normalität sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaften und kapitalistischer Marktwirtschaften kennzeichnete den historisch vergangenen Augenblick der Vollbeschäftigungsgesellschaft, die, so stellt *Georg Vobruba* heraus, sich von den Anfängen der Industrialisierung bis in die Mitte des 20. Jhs. als Geldgesellschaft durchsetzte. Die Historisierung lohnarbeitszentrierter Einkommensquellen ermöglicht ihm eine Problematisierung der Zukunft von Existenzsicherung als Frage nach der Entwicklung von *income mixes*. Dabei eröffnen sich paradoxerweise „Modernitäts“-Ressourcen osteuropäischer Transformationsgesellschaften, in denen erhebliche kulturelle Erfahrungen mit der Existenzsicherung aus unterschiedlichen Quellen vorhanden sind.

*Hajo Riesen*s Aufsatz greift ein Thema auf, dem als Schwachstelle sozialdemokratischer Politik bislang erstaunlich wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Riese zeigt, daß Effizienz, Flexibilität, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit als Paradigma „moderner Wirtschaftspolitik“ (Gerhard Schröder) nicht ohne neue Formen des sozialen Ausschlusses zu haben sind, die wiederum dem sozialdemokratischen Politikmodell selbst das Wasser abgraben.

In dem Maße, wie sich eine Revitalisierung alter Konfliktlinien oder eine Neuordnung des gesellschaftlichen Umgangs mit dem Verschwinden der Massenerwerbsarbeit als alternative Entwicklungspfade herausstellen, erweist sich die Lösung der sozialen Sicherungssysteme von ihrer engen Bindung an die Lohnarbeit als zentrales Problem. *Roswitha Pioch* untersucht die Durchsetzungschancen für eine vom Arbeitsmarkt unabhängige, staatlich garantierte Grundsicherung als Voraussetzung gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse anhand aktueller Kontroversen um die Zukunft der Sozialpolitik in Europa.

Der Abschied von der Vollbeschäftigung bringt für die Erwerbssituation von Frauen zweifellos neue Spannungen und Segmentierungsprozesse mit sich. Ob sich Freiheitsgewinne angesichts rigider Umverteilungsprozesse und Verteilungskämpfe verteidigen und ausbauen lassen, ist Gegenstand des Artikels von *Sabine Lang*.

Welche Perspektiven für einen Abbau von Geschlechterordnungen durch eine feministische Arbeitspolitik bestehen, in welchem Maße sich also der Ausgang aus dem alten System demokratisch gestalten läßt, scheint gegenwärtig unsicherer als je zuvor.

Die Sicherung der Lebensverhältnisse durch Erwerbsarbeit mit geregelter Einkommen gerät ins Wanken, so lautet das Fazit einer in westlichen Industriegesellschaften geführten und unterschiedlich intonierten Diskussion. Segmentierungsprozesse führen einerseits zur Entstehung einer weltweit vernetzten „World Class“ und zu desozialisierender Marginalisierung andererseits. Rosabeth Moss Kanther von der Harvard Business School beobachtet in ihrem jüngsten Buch⁷ den Verfall amerikanischer Städte und fragt sich angesichts der im chrom-verglasten Jakarta aus dem Boden sprießenden Golfclubs, wo denn die Dritte Welt geblieben sei. Und tatsächlich kommt diese in der vornehmlich amerikanischen und westeuropäischen Rede über die jüngste Krise „unserer“ Zivilisation kaum vor. Die Gründe dafür liegen wohl darin, daß „bei uns“ etwas ins Wanken gerät, was in der Dritten Welt gar nicht ins Wanken kommen kann. Wohlfahrtsstaaten westlich-demokratischer Provenienz mit ausgeprägten sozialen Sicherungssystemen und hinreichend komfortablen Lebensverhältnissen für die Mehrheit der Bevölkerung haben dort noch nie bestanden. *Robert Kappel* macht dabei auf den bislang vernachlässigten Aspekt der Existenzsicherung aus verschiedenen und nicht geregelten informellen Einkommen als (afrikanische) Normalität aufmerksam. Der fließende Übergang von Informalität und Normalität beim Überleben in afrikanischen Städten kann als Ausblick auf die andere Seite der „World Class“ gesehen werden. „World Underclass“ eben; die Wirtschaft kann ohne ihren Beitrag wachsen und ist deshalb bislang kein Thema an den diversen Business Schools.

Den Bogen zurück zu den bereits thematisierten Modernisierungschancen gegenwärtiger Umbrüche schlägt *Kerstin Tews*’ Studie, die die Chancen ei-

ner ökologischen Modernisierung am Beispiel der polnischen Umweltpolitik untersucht. Empiriegesättigt kommen dabei innerpolnische Interessenkonflikte in den Blick, wobei es letztendlich doch von der „eigennützigen Hilfe“ (Georg Vobruba) der EU abhängen wird, die ökologische Konditionierung der Beitrittsoption zu operationalisieren, was ohne stärkeres Eingehen auf innerpolnische Ressourcen, Potentiale und Akteure schwerlich gelingen kann. Freilich wäre eine solche eigennützige Hilfe zugleich ein Beispiel einer zwingend notwendigen „neuen Solidarität“, die auch in den noch immer reichen Ländern des Westens beim bevorstehenden Ausstieg aus den auf die Möglichkeit der Vollbeschäftigung hin angelegten Institutionensystemen Schule machen könnte.

Frank Geißler

- 1 Süddeutsche Zeitung, 7. Oktober 1994.
- 2 C. Koch, *Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft*, München 1995.
- 3 J. Rifkin, *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt a.M. 1995.
- 4 M. Albert, *Kapitalismus contra Kapitalismus*, Frankfurt a.M. 1992.
- 5 Leipziger Volkszeitung, 23./24. November 1996.
- 6 R. Rosecrance, *The Virtual State*, in: *Foreign Affairs* 75, 1996, Nr. 4, S. 45-61.
- 7 R. M. Kanther, *World Class. Thriving Locally in the Global Economy*, New York 1995.